

**Protokoll:**

Rm Dr. Kneis (BIZ) kritisiert, dass die Austauschvorlage nicht mit den ursprünglichen Entscheidungen des Rates und des Ortsringes übereinstimme.

Rm Krebs (FBG) gibt zu bedenken, dass ein solcher Beschluss das Leben in Ehrenbreitstein grundlegend verändere, der Ortsring sei in der Beschlussvorlage falsch zitiert worden. Sie erwarte, dass, wie in der Vorlage angekündigt, die Situation beobachtet und bei Bedarf angepasst werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sichert zu, dass diese Regelung angewandt werde.

Rm Coßmann (CDU) erinnert an die Zusage der Verwaltung, nach der Bundesgartenschau die Regelung in der Hofstraße und am Markt zu überprüfen und kündigt eine Enthaltung der CDU-Fraktion an.

Rm Lehmkühler (SPD) entgegnet den Vorrednern, die Vorlage sei ein Kompromiss, zumal es für das Ordnungsamt angesichts automatischer Parkscheiben einen erheblichen Aufwand darstelle, solches Parken zu überwachen. Darüber hinaus seien Parkscheinautomaten im restlichen Stadtgebiet die Regel, weshalb er keinen Ausnahmebedarf für Ehrenbreitstein sehe.

Rm Schupp (FDP) gibt bekannt, dass die FDP-Fraktion dieser Kompromisslösung nur zustimmen könne, wenn nach der Bundesgartenschau mit allen Fraktionen in einem gemeinsamen Auswertungsgespräch über die endgültige Regelung erneut verhandelt werde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sichert daraufhin ein solches Gespräch zum Ende des Jahres 2011 zu und bittet Beigeordneten Prümm um die Koordination.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann gibt zu bedenken, dass eigentlich eine ähnliche Regelung auch für den Stadtteil Lützel erforderlich sei, da ansonsten wegen Ausweichparkern nicht mehr ausreichend Parkraum für die Bewohner zur Verfügung stünde.

Beigeordneter Prümm ruft in Erinnerung, dass die Verwaltung beauftragt worden wäre, eine Parkraumbewirtschaftung in Ehrenbreitstein einzuführen, wie sie in ganz Koblenz stattfindet. Der vorliegende Kompromissvorschlag beruhe auf dem Gespräch, welches mit dem Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig geführt worden sei. Beigeordneter Prümm erklärt, die Verwaltung werde den Kompromissvorschlag begleiten.